Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 Pf. monatl., 2.70 Mk. vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatl., 2.25 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 Mk., monatl. 1.20 Mk. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften u. in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Kürsten. Inhaber: Paul Kürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 236. Sonnabend, den 26. August 1911. 105. Jahrgang.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 16 Seiten.

Das Wichtigste.

* Die Verhandlungen in der Geldmetallbranche sind gestern abgebrochen worden. (S. bes. Art.)

* Die kaiserliche Familie ist am Freitag in Altona eingetroffen. Bei der Tafel für die Provinz Schleswig-Holstein hielt der Kaiser einen längeren Trinkspruch. (S. bes. Art. und Letzte Dep.)

* Die Behauptung, daß die Deutschen Tarudant (Marokko) verlassen hätten, ist nach halbamtlicher Erklärung unzutreffend. (S. bes. Art.)

* Der japanische Premierminister Katsura ist zurückgetreten. Er empfahl, den Marquis Saionji zu seinem Nachfolger zu ernennen. (S. Ausl.)

* Im Fürstenberg-Memorial (50 000 ℳ) zu Baden-Baden siegte Frhrn. v. Oppenheims „Royal Flower" unter Jockei O'Neil.

Die Kanonisation der Monroe-Doktrin.

Die amerikanische Senatskommission hat noch unmittelbar vor der Vertagung beschlossen, die Schiedsverträge mit England und Frankreich abzulehnen und die Regierung aufzufordern, daß sie von den vertragschließenden Mächten die ausdrückliche Anerkennung der Monroe-Doktrin und die Einbeziehung dieser Anerkennung in den Wortlaut der Verträge verlangen soll. Wieweit dieser ungewöhnliche Beschluß mit dem Streite zusammenhängt, der mit dem Präsidenten Taft wegen seines gegen die Zollbill eingelegten Vetos entstanden ist, steht auf einem besonderen Blatte. Ist die Absicht maßgebend gewesen, das Oberhaupt der Republik in seinem Lieblingskinde zu treffen und den seine verfassungsmäßigen Prärogative machtvoller als Englands Könige handhabenden Mann an ihre Grenzen zu erinnern, so würde solch Hineintragen persönlicher Bestimmungsgründe die staatsmännischen Bedenken gegen die verwegene Herausforderung der europäischen Mächte doppelt schwer wiegen machen. Denn doch noch ein anderes ist es, die bisherige Politik, die Geltung der Monroe-Doktrin in den einzelnen Fällen ihrer Anwendung durch unbeugsame Festigkeit erzwingen, und ein anderes, durch ihre grundsätzliche Annahme für alle Zukunftsmöglichkeiten die Europäer unter ihr kaudinisches Joch zu beugen.

James Monroes Botschaft vom Austerlitz-Tage 1823 trug nur den Charakter einer zur Maxime abstrahierten Willens-Erklärung, die sich auf die politischen Verhältnisse der unmittelbaren Gegenwart bezog: auf Spaniens Versuche, die empörten Kolonien zurückzuerobern und verschwommene Absichten der Franzosen und der Engländer, aus dem brodelnden Hexenkessel der werdenden Südamerika-Staaten einige Brocken für den eigenen Tisch herauszufischen. Die spanische Niederlage bei Ayacucho und der zum Teil durch Zufälligkeiten bewirkte schlechte Fortgang der anderweitigen Pläne erübrigte es damals den Vereinigten Staaten, mit ihren Drohungen Ernst zu machen. Als aber die Verwirrung des Sezessionskrieges neuerdings das Erscheinen europäischer Heere und Flotten in der Westfeste erleichtert hatte, da genügte das Stirnrunzeln der zur Einheit zurückgelangten mächtigen Republik, um die Schiffe Spaniens von den peruanischen und chilenischen Küsten, die englisch-spanischen Truppen und, nach einigem Widerstreben, auch das Heer des Franzosenkaisers aus Mexico zu verscheuchen. Gleiche Energie vereitelte im Anfange der 90er Jahre Englands Versuche, die Grenzen seiner Besitzungen in Guayana gegen Venezuela zu erweitern. Verschiedene englische Truppenlandungen in Mittelamerika mußten ebenso auf dringendes Verlangen der Washingtoner Regierung mit größter Hast abgewickelt werden. Wir Deutschen selbst haben ja manche Ungezogenheit des Herrn Castro geduldig einstecken müssen, weil ihn der Fittich der großamerikanischen Mutter vor derberen Züchtigungen schützte, bis er der Beschützerin gelegentlich die eigenen Fenster einwarf.

So macht man eben in der Welt Politik schon lange, ehe Machiavelli Urväterweisheit in schriftlichen Regeln niederlegte: man setzt in den einzelnen Streitfragen seinen Willen durch und überläßt es den Geschichtschreibern, hinterher die Maximen dieses Willens herauszutüfteln. So haben auch Amerikas Staatssekretäre und die von ihnen beratenen oder sie beratenden Präsidenten es bisher verstanden und das Land hat sich gut dabei befunden. Nun kommt der Senat und richtet den Geßlerhut auf weithin sichtbarer Stange auf: wer gut Freund der Republik werden will, soll zuvor der Gloriole der kanonisierten Monroe seine Reverenz erweisen!

Die erste Empfindung angesichts dieser Wendung ist, daß die Verträge damit einfach gescheitert sind. Zunächst wird ihr Grundgedanke durch die Klausel logisch völlig zunichte gemacht. Ihr Neues war ja, daß sie allgemein werden sollten, daß auch Lebensfragen der nationalen Interessen und der Ehre fortan einem schiedsgerichtlichen Urteile unterworfen werden und damit allen Kriegsmöglichkeiten nach menschlichem Ermessen die Wurzeln abgegraben werden sollten. Indem nun die für die Vereinigten Staaten meist in Betracht kommenden Anläße zu Meinungsverschiedenheiten wieder aus dem allgemeinen Grundsatze herausgenommen werden, ist dieser bis zur völligen Bedeutungslosigkeit entwertet. In der praktischen Politik aber müßte zum mindesten für die östlichen Gestade des atlantischen Ozeans bei dieser Gelegenheit die Anerkennung des gleichen Rechtes auf Nichteinmischung durch die vertragschließenden Mächte durchgesetzt werden: Amerika hat sich in Liberia an der afrikanischen Küste im stillen schon recht hübsch eingenistet!

Alsdann aber — immer vorausgesetzt, daß der Wille zur weiteren Verfolgung des Schiedsgerichtsgedankens diesseits nach der Brüskierung durch den amerikanischen Senat überhaupt noch fortbesteht — wäre jetzt auf eine sehr genaue Begrenzung der berühmten „Doktrin" um so entschiedener zu dringen. Die alte Lehre Monroes hat durch die südamerikanischen Staatsrechtler Drago und Calvo dahin eine Erweiterung erfahren, daß den fremden Mächten auch eine Eintreibung finanzieller Verpflichtungen mit militärischen Machtmitteln verwehrt werden soll, die europäischen Gläubiger also gegenüber den arg verlotterten Kreolenstaaten auf den guten Willen der amerikanischen Vormacht zur Beihilfe angewiesen sind. In einem solchen Grundsatze, der auf den panamerikanischen Kongressen bereits seine Sanktion erhalten hat, liegt aber ein Schutzverhältnis der großen Republik zu den kleinen ausgesprochen, das den Keim einer künftigen engeren politischen Verbindung in sich birgt. Davon ganz abgesehen und auch von der Notwendigkeit, auch hier mindestens ein gegenseitig wirkendes Recht zu schaffen, also z. B. die gelegentliche Geltendmachung amerikanischer Kapitalistenforderungen an die Türkei in gleicher Weise zu beschränken, muß schon jetzt erkannt werden, daß die heutige Form der Weltwirtschaft, die auf Kapitalsinvestierungen in fremdländischen Unternehmungen wesentlich mit beruht, eine unbedingte Anerkennung jenes Grundsatzes einfach zur Unmöglichkeit macht. Amerika muß sich also gefallen lassen, daß der von ihm der Monroelehre untergelegte Sinn bei dieser Gelegenheit sehr scharf unter die Lupe genommen wird. Ob es aber bei einer förmlichen Kodifizierung dieser sehr schwierigen staatsrechtlichen Frage besser davonkäme als bei den bisher üblichen Verständigungen von Fall zu Fall, bleibt gar sehr zweifelhaft.

Welchen Liebesdienst der Senat mit seiner Aufwühlung des heute gar nicht aktuellen Streitgegenstandes dem allgemeinen Friedensgedanken geleistet hat, wäre Gegenstand einer besonderen Erörterung. Wir Deutschen mögen uns doppelt glücklich preisen, daß wir uns zu der Mitfahrt, zu der wir eingeladen waren, verspätet haben, da wir das stolze Schiff der Verträge schon an der Hafenausfahrt auf eine Untiefe geraten sahen. Wir, die wir immer unsere schweren Bedenken gegen die sogenannten „allgemeinen" Schiedsverträge betont haben, empfangen jetzt die Genugtuung, deren Schwierigkeit von anderer Seite glänzend bestätigt zu sehen und sind durch die Verzögerung der Verhandlungen dem nicht gerade angenehmen Begegnisse entrückt, daß uns der ausgearbeitete Vertrag von den parlamentarischen Körperschaften des Kontrahenten als unbrauchbar zerrissen vor die Füße geworfen wird.

Die kaiserliche Familie in Altona.

Wie wir bereits in der gestrigen Abendausgabe meldeten, ist das Kaiserpaar am Freitagvormittag 10½ Uhr zugleich mit dem Prinzen Adalbert und der Prinzessin Viktoria Luise in Altona eingetroffen.

Auf dem Bahnsteig,

der wirkungsvoll geschmückt war, hatten sich eingefunden: der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Eitel-Friedrich und die übrigen Prinzen, der Großherzog von Oldenburg, Prinz Friedrich Leopold und die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden, Generalfeldmarschall v. Haeseler und der Fürst von Fürstenberg. Der Kaiser trug Generalsuniform und den Marschallstab. Die Ehrenkompanie erwies die militärischen Ehrenbezeigungen. Die Majestäten hielten großen Militär- und Zivilempfang ab, worauf der Vorbeimarsch der Ehrenkompanie erfolgte. Beim Verlassen des Bahnhofs jubelnd begrüßt, bestiegen Kaiser und Kaiserin sowie die Prinzessinnen Eitel-Friedrich und Viktoria Luise einen offenen, vierspännigen Wagen. Der Kaiser und die Prinzen stiegen zu Pferde, worauf

der Einzug

unter dem Geleit einer Eskadron des Husarenregiments Nr. 15 begann. Der Einzug der Majestäten setzte sich unter andauernden Hochrufen des Publikums und tausender von Schulkindern und unter dem Geläut der Glocken bis zum Rathause von Altona fort. Truppenteile des 9. Armeekorps bildeten Spalier. Die Truppen präsentierten. Die Musik spielte den Präsentiermarsch. Vor dem Rathause hatten der Oberbürgermeister Schneckenburg und die städtischen Kollegien Aufstellung genommen. Der Wagen der Kaiserin hielt. Der Kaiser ritt heran, und die sechs Kaiserprinzen, Fürst Fürstenberg und die Herren des Hauptquartiers bildeten einen Halbkreis. Der Oberbürgermeister hielt eine Ansprache und bot dem Kaiser einen Ehrentrunk an.

Der Kaiser

erwiderte bei Entgegennahme des Ehrentrunkes auf die Ansprache des Oberbürgermeisters mit folgenden Worten:

„Herr Oberbürgermeister! Ich sage Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihren freundlichen Willkommengruß, ebenso auch namens meiner Frau. Die Stadt Altona hat eine schwierige Lage; das weiß ich. Eine jüngere kleine Schwester neben einer großen, alten Hansastadt hat es selbstverständlich nicht leicht. Aber wie ich schon erwähnt habe, ist mein landesväterliches Herz stets beschäftigt, der Stadt sie zu fördern. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß der zähe Wille der Bürgerschaft und die schleswig-holstein'sche Ausdauer, die ihr Charakter ist, alle Schwierigkeiten überwinden wird. Immerhin kann ich konstatieren, daß seit meinem letzten Besuche die Stadt sich recht kräftig entwickelt hat und daß die Zahl der Kinder, die uns begrüßt hat, einen sehr bedeutenden Zuwachs der Bürgerschaft darstellt. Ich bitte Sie, bei den Bürgern Altonas, Männern, Frauen und Jungfrauen, der Dolmetsch unseres Dankes und unserer Gefühle zu sein. Diesen Wein aus edler deutscher Rebe trinke ich auf das Wohl und das Gedeihen der Stadt."

Drei kleine Mädchen, die Töchterchen des Oberbürgermeisters und eines Stadtverordneten, überreichten der Kaiserin und den beiden Prinzessinnen Blumensträuße. Der Kaiser wandte sich nochmals mit freundlichen Worten an den Oberbürgermeister. Dieser brachte ein dreifaches Hoch auf die Majestäten aus, in das die Vertreter der Stadt und die Tausende auf den Tribünen und auf dem Platze Aufgestellten einstimmten. Der Einzug setzte sich hierauf durch die Kaiserstraße bis zum Liegeplatz der „Hohenzollern" fort, wo eine Ehrenkompanie aufgestellt war. Die Majestäten nahmen hierauf an Bord Wohnung.

Auch die Stadt Hamburg hatte bereits am Freitag vielfachen Flaggenschmuck angelegt.

Marokko.

Wir hatten schon am Montag gelegentlich unserer Meldung von dem spanisch-französischen Geschäft mit Spanisch-Guinea und Fernando Poo erklärt, der ganze Kompensationsplan komme für uns überhaupt nur bei Erlangung eines Zutrittes zum Kongofluß in Betracht. Frankreich hatte sich bisher kräftig gegen diese Zumutung gewehrt, weil dadurch Französisch-Kongo in zwei getrennte Teile zerrissen werde. Jetzt klingt es aus den Spalten des Pariser „Figaro" erheblich anders. Nach diesem Blatt, das zu den Regierungskreisen gute Beziehungen zu unterhalten scheint, soll sich der deutsche Anspruch auf mehr als die Hälfte von Französisch-Kongo erstrecken. Die neue Grenze soll von Libreville den Sangofluß überqueren und den Kongo erreichen. Wir wissen nicht, ob von der deutschen Regierung eine solche Forderung gestellt ist, würden sie aber nicht unbescheiden finden. Der „Figaro" kündigt nunmehr an, daß dieser Anspruch bei Frankreich die wohlwollendste Prüfung erfahren habe, falls Deutschland sich in Marokko willfährig zeige. Wird hier die Ansicht der maßgebenden französischen Kreise wiedergegeben, so wäre immerhin ein Fortschritt zu verzeichnen. Wenn im übrigen von der Willfährigkeit Deutschlands in Marokko die Rede ist, so wird die deutsche Regierung, falls sie Kompensationen annimmt, sicherlich mit größter Loyalität die Voraussetzungen, unter denen diese Kompensationen gegeben werden, erfüllen. Es kommt ausschließlich auf eine einwandsfreie Formulierung dieser Voraussetzungen an. Daß die deutsche Regierung den Franzosen in einem Teile Marokkos Rechte, die über die Algerierakte und das deutsch-französische Februarabkommen hinausgehen, zugestehen will, scheint ja nun einmal festzustehen. Vorher müßte aber die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands für alle Zeit gesichert sein. Eine solche einwandfreie Formulierung bieten die in der französischen Presse auftauchenden Vorschläge, eine Schiedsgerichtsinstanz für Zölle und ein Zentralkomitee für Konzessionen und Ausschreibungen zu schaffen, noch keineswegs. Hier liegen sehr erhebliche Schwierigkeiten, denn das Mißtrauen Deutschlands und seine Besorgnis, daß Frankreich doch Mittel und Wege finden wird, den fremden Handel zu verdrängen, ist in schlimmen Erfahrungen begründet. In der „Saale-Ztg." wird ein Gespräch mit einem deutschen Staatsmann — vermutlich mit dem Grafen Posadowsky — veröffentlicht, worin ebenfalls auf die Schwierigkeiten einer absolut sicheren Formulierung wirtschaftlicher Konzessionen hingewiesen wird. Wichtig, aber auch selbstverständlich ist, daß auch dieser Staatsmann zum Aeußersten entschlossen ist, wenn sich's um deutsche Ehre handelt. Auf die Frage, ob das Deutsche Reich Marokkos wegen einen Krieg führen solle, gab der Befragte fest und ruhig die Antwort: „Marokkos wegen nicht, aber um unseres Ansehens und unserer Zukunft willen vielleicht doch!"

*

Botschafter Julius Cambon erkrankt.

Paris, 25. August. (Eig. Drahtmeld.) Botschafter Jules Cambon ist, wie bereits gemeldet, infolge der anstrengenden Tätigkeit der letzten Tage an einer Kopfkolik erkrankt. Seit gestern muß er das Bett hüten, doch gibt sein Befinden zu keinerlei Befürchtungen Anlaß. Sein Zustand war in den heutigen Morgenstunden durchaus befriedigend. Man hofft, daß der Botschafter bald wieder hergestellt sein wird, so daß er sich Anfang nächster Woche wieder nach Berlin begeben kann.

Ministerrat in Paris.

Paris, 25. August. (Eig. Drahtmeld.) Minister de Selves legte im Kabinettsrate den Stand der Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland dar und versicherte sich der Zustimmung des Kabinetts zu den allgemeinen Grundlagen der Verhandlungen, die fortdauern.

Rußland als Vermittler.

Petersburg, 25. August. (Eig. Drahtmeld.) Die „Nowoje Wremja" nimmt in einem Leitartikel Bezug auf den gegenwärtigen Stand der zwischen Berlin und Paris schwebenden Verhandlungen über Marokko und führt aus, daß Rußland trotz des soeben mit Deutschland abgeschlossenen Vertrages über die Bahnen in Nordpersien selbstverständlich durchaus in fester Bundestreue zu Frankreich verharre und natürlich den Verhandlungen über Marokko mit Friedensliebe gegenübersteche. Sollten Frankreich und Deutschland zu keinem Einverständnis gelangen können, so wäre Rußland gern geneigt, beiden Parteien seine Hilfe als Vermittler anzubieten, und es sei zu hoffen, daß dieses Angebot Annahme finden werde.

Die Deutschen in Tarudant.

Die Behauptung, daß die Deutschen Tarudant verlassen haben, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilt, nach den aus Agadir vorliegenden telegraphischen Meldungen nicht zutreffend. In Tarudant befinden sich seit einiger Zeit drei Angestellte eines marokkanischen Minensyndikats (Mannesmann), darunter ein Reichsdeutscher. Alle drei waren noch am 21. August ungefährdet in Tarudant. Wäre inzwischen eine Gefährdung eingetreten, so würde das vor Agadir liegende deutsche Kriegsschiff durch Funkspruch Meldung erstattet haben.

*

Ueber Marokkos Eisenerze und die deutsche Industrie enthält die „Frkft. Ztg." einen längeren Artikel, worin betont wird, daß der wahre Grund für die Bedeutung der Marokkoerze nicht in ihrer Quantität liege, sondern in ihrer eigentümlichen Stellung im internationalen Erzhandel und in ihrem Einfluß auf dessen zukünftige Gestaltung. Der Verfasser des Artikels weist nach, daß die deutsche Erzversorgung vorerst gesichert sei und die Marokkoerze quantitativ eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle spielten. Wenn aber später der Kampf um spanische und schwedische Erze heftiger als je zwischen Deutschland und England entbrennen werde, dann würden diese beiden Erzlieferanten aus der Notlage Nutzen ziehen und die Preise erhöhen. Besitze aber Deutschland die Marokkoerze, die mit den spanischen und schwedischen Erzen sehr wohl konkurrieren könnten, so sei ihm stets die Möglichkeit gegeben, durch eine stärkere Einfuhr marokkanischer Erze statt schwedischer und spanischer übertriebenen Forderungen entgegenzutreten und die Preise auf eine normale Höhe zu bringen. Das sei eine viel bedeutungsvollere Wirkung der Marokkofrage, als sie durch ihre Qualität allein jemals erreichen könnten. Es sei klar, daß die günstige Wirkung in das Gegenteil umschlage, wenn England selbst, nur wirtschaftlich seine Hand auf diese Erzschätze lege. Das schlimmste wäre aber, wenn Frankreich wirtschaftlich oder politisch von den Erzfeldern Besitz ergriffe. Der Verfasser des Artikels resümiert sich dahin: „Die Marokkoerze haben also nur dann einen Wert für die deutsche Eisenindustrie, wenn der größere Teil der Erzfelder in deutschen Händen ist und die politische Macht entweder deutschem Einfluß untersteht, oder sich zum mindesten neutral verhält. So,